



Mit Flüchtlingen für Flüchtlinge

Forderungen des Sozialen Netz Bayern für eine zeitgemäße und humane Asyl- und Migrationspolitik

23. Oktober 2015

Willkommenskultur bewahren, Bleibekultur ermöglichen

Das Soziale Netz Bayern begrüßt die Willkommenskultur vieler tausender Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Die Mitgliedsverbände und -organisationen unterstützen dieses ehrenamtliche Engagement und stellen sich ihrer sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung. Gleichzeitig verurteilen wir die zunehmende Gewalt, den Fremdenhass und die Ausgrenzung gegen Flüchtlinge. Der Rechtsstaat muss Gewalttäter konsequent verfolgen und bestrafen. Als Soziales Netz Bayern wollen wir diesen Entwicklungen unsere Mitmenschlichkeit und Solidarität entgegenstellen. Auch wir sind der Überzeugung: „Wir schaffen das!“

Damit dies jedoch gelingt – damit die derzeitige Willkommenskultur auch in eine Bleibekultur überführt werden kann – bedarf es politischer Weichenstellungen.

Zunächst müssen ehrenamtliche Helfer sowie das Hauptamtliche Personal, welches seit Monaten bis an die Belastungsgrenze geht, besser unterstützt werden. Hierzu gehören unter anderem die Bereitstellung psychologischer Betreuung und Supervision sowie der Ausbau personeller Ressourcen inklusive der nötigen Aus- und Fortbildung um mit den teilweise traumatisierten Menschen adäquat arbeiten zu können. Auch die Wirtschaft kann durch Freistellungsregelungen für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer ihren Beitrag leisten.

Zudem darf es nicht zum Ausspielen sozial benachteiligter Gruppen in unserer Gesellschaft kommen.

Beispiel: Wohnraum in Ballungsräumen wird zunehmend knapp. Dies aber nicht, weil jetzt Flüchtlinge kommen, diese legen nur die Missstände bloß. Grund für die Wohnknappheit ist der systematische Rückzug des Staates oder von Wohnungsbauträgern aus dem sozialen Wohnungsbau. Selbst der Verband der bayerischen Wohnungsunternehmer stellt fest, dass sich in Bayern von 1999 bis 2014 der Bestand an Sozialwohnungen von 250.000 auf 130.000 nahezu halbiert hat. Diese Situation darf nun nicht zu einem Absenken von Unterbringungsstandards führen. Eine menschenwürdige Unterbringung ist sicherzustellen.

Jahrelange Fehlentwicklungen wie etwa bei der Wohnungsnot, den ungenügenden Kitaplätzen oder den vollen Schulklassen und mangelnden Lehrkräften mögen nun verstärkt zu Tage treten. Sich dem entgegenzustellen ist und bleibt Aufgabe verantwortungsvoller und vorausschauender Politik. In diesem Zusammenhang muss Politik und Gesellschaft auftretenden Vorurteilen entschieden entgegentreten.

Dem Sozialen Netz Bayern ist bewusst, dass dies alles nicht umsonst zu haben ist und hierfür auch finanzielle Anstrengungen notwendig sind. Angesichts des enormen Reichtums in unserem Land dürfen Flüchtlinge aber nicht als Grund für höhere Steuern gelten oder gar als Kürzungsinstrument missbraucht werden. Dies schürt nur weitere Vorurteile und Ängste. Stattdessen muss eine ehrliche Debatte über Verteilung im Sinne des Artikels 14 Abs. 2 GG „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ geführt werden. Schon vor der Herausforderung durch die bei uns Schutz suchenden Menschen gab es einen riesigen Finanzierungsbedarf. Durch die zu uns kommenden Flüchtlinge wird dies nun nur noch deutlicher.

Das Soziale Netz Bayern ist überzeugt, dass die Asylsozialberatung sowie die Beratung zur Integration deutlich ausgebaut werden muss. Gleichzeitig darf die Finanzierung nicht bei den Trägern abgeladen werden.

In diesem Zusammenhang stellt sich das Soziale Netz Bayern gegen jede Form der Einschränkung des Asylrechts. Für uns ist das Recht auf Asyl nicht verhandelbar. Es muss auch in Zukunft gelten, dass jeder Mensch ein Recht auf ein gerechtes Asylverfahren hat, unabhängig von seiner Herkunft.

Die Integration der Flüchtlinge gelingt, wenn es einen starken Sozialstaat gibt sowie gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen. Unter den oben genannten Herausforderungen sieht das Soziale Netz Bayern die Integration in Arbeit und Ausbildung sowie die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums als zentral an. Verbesserungen müssen hier schnell greifen um ein Ausspielen gesellschaftlicher Gruppen zu vermeiden.

Herausforderung Integration in Arbeit und Ausbildung:

Für das Soziale Netz Bayern ist der Zugang der nach Bayern kommenden Flüchtlinge in Arbeit, Bildung und Ausbildung die wesentliche Voraussetzung für die Integration in die Gesellschaft. Einige Hürden bei dieser Integration wurden abgesenkt, beispielsweise die Zeiträume, in denen keine Arbeit aufgenommen werden durfte. Und erfreulich ist auch, dass in Bayern eigene Schulklassen eingerichtet werden, damit auch jugendliche Flüchtlinge ihre Schulpflicht erfüllen können.

Dennoch bleibt noch viel zu tun, um die Integration über Erwerbsarbeit in die Gesellschaft zum Erfolg zu führen. Für das Soziale Netz Bayern steht fest: Wesentliche Gründe der fehlenden Arbeitsmarktintegration liegen einerseits in der Unsicherheit des Aufenthaltsstatus selbst. Hinzu kommen - wie teilweise bei anderen Gruppen von ausländischen Staatsangehörigen auch – fehlende Sprachkompetenz, die Nichtanerkennung von Abschlüssen und Kompetenzen sowie mangelnde Informationen über Beschäftigungsmöglichkeiten und die Herausforderungen der Vermittlung durch Kompetenzabgrenzungen zwischen SGB II und SGB III.

Der unsichere Aufenthaltsstatus und die beschriebenen administrativen, sozialen oder gesellschaftlichen Hürden, die es bei der Aufnahme von Arbeit zu überwinden gilt, führen zur Benachteiligung von Flüchtlingen z.B. bei der Berufsausbildung und machen die Betroffenen anfällig für prekäre Beschäftigung. Ausbeutung, schlechte Arbeitsbedingungen und Lohndumping sind vielfach noch Alltag für Asylsuchende und geduldete Personen. Eine Öffnung des Arbeitsmarktes inklusive des Zugangs zu Spracherwerb und Beratung für Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, kann dazu genutzt werden, illegale Beschäftigungsformen, Ausbeutung, Menschenhandel und Lohndumping zu vermeiden.

Erforderlich sind daher neben weiteren rechtlichen Veränderungen beim Aufenthaltsstatus besondere Unterstützungs- und Beratungsstrukturen, Projektangebote, Förderinstrumente und Sprachkurse. Dies muss flächendeckend in hoher Qualität sichergestellt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass im Bereich der Agenturen und Jobcenter genügend Ressourcen, insbesondere auch in der Personalausstattung, vorhanden sind. Für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe sind ausreichend Steuermittel bereitzustellen. Angesichts der prognostizierten steigenden Zahl von Flüchtlingen muss sowohl im Versicherungssystem wie auch im Hartz-IV-System eine „adäquate finanzielle Ausstattung“ sichergestellt werden. Gemeint ist damit, dass eine bessere Förderung von Flüchtlingen notwendig ist, dies aber nicht zu Lasten anderer förderbedürftiger Personengruppen gehen soll und darf. Denn insbesondere bei Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen sind gewisse Verdrängungseffekte keinesfalls auszuschließen.

Insbesondere beim Übergang in die berufliche Ausbildung ergeben sich aufenthaltsrechtliche Hürden. Jugendliche sollten für die Dauer der Ausbildung (in der Regel drei Jahre) und nach erfolgreichem Abschluss der Berufsausbildung für mindestens zwei Jahre in Deutschland bzw. Bayern bleiben dürfen. Derzeit hängen Zugang und Durchführung einer beruflichen Ausbildung stark von Einzelfallentscheidungen der ausführenden regionalen Asylbehörden und damit von den handelnden Personen ab. Das betrifft insbesondere abgelehnte AsylbewerberInnen, die aus verschiedenen Gründen geduldet werden. Daran ändert auch die – insgesamt als ersten Schritt in die richtige Richtung zu begrüßende Verordnung des bayerischen Innenministeriums von März 2015 - erst einmal nichts.

Demnach werden die ursprünglich nur für 3 Monate geltenden Duldungen nach §60 a Aufenthaltsgesetz während der Berufsausbildung in Etappen von jeweils einem Jahr verlängert. Dennoch ist diese „1-Jahres-Aufenthaltsgenehmigung“ – weder für die jugendlichen Flüchtlinge noch für die Ausbildungsbetriebe zielführend.

Das Soziale Netz Bayern fordert deshalb von der bayerischen Staatsregierung, dass sie den betroffenen Jugendlichen schon mit Beginn ihrer Ausbildung ein Bleiberecht für die gesamte Dauer der Ausbildung und nach erfolgreichem Berufsabschluss für mindestens zwei Jahre bayernweit zusichert. (3+2-Regelung). In diesem Zusammenhang müssen auch Ausbildungswechsel möglich sein. Ausbildungsabbrüche dürfen nicht automatisch zur Abschiebung führen. Zudem ist auf dem Arbeitsmarkt sicher zu stellen, dass Flüchtlinge nicht unter den hiesigen Standards beschäftigt und ausgebeutet werden. Dies würde zur Verdrängung anderer benachteiligter Gruppen aus dem Arbeitsmarkt führen.

Herausforderung bezahlbaren Wohnraum schaffen:

Menschen auf der Flucht sind wohnungslos. Momentan betrifft dies viele Millionen Frauen, Männer und Kinder. Wie viele genau, wird ebenso wenig statistisch erfasst wie die Zahl aller Wohnungslosen. Gewiss ist nur, dass Wohnungslosigkeit ein globales Phänomen ist, zu dessen Ursachen Wirtschaftskrisen, Armut, Mietwucher sowie Krieg und Vertreibung zählen. Menschen mit Migrationshintergrund werden auf dem Wohnungsmarkt häufig diskriminiert.

In Deutschland gibt es weder auf Bundes- noch auf Landesebene (Ausnahme NRW) eine amtliche Wohnungsnotfallstatistik. Zahlen zu Wohnungslosen beruhen auf Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAGW). Für das Jahr 2014 geht die BAGW von 335.000 Wohnungslosen deutschlandweit aus. Wie viele von ihnen einen Migrationshintergrund haben bzw. Asylbewerber oder Flüchtlinge sind, kann nicht differenziert werden.

Dass zunehmend Menschen aus den oben genannten Personengruppen von Wohnungslosigkeit betroffen sind, ist folgender Angabe auf der Internetseite der BAGW zu entnehmen: „Rückmeldungen aus der Hilfepraxis zeigen, dass die Einrichtungen und Dienste vor Ort mit der Entwicklung von speziellen Informationsangeboten, einer entsprechenden Qualifizierung ihrer Mitarbeiter und einer verstärkten Zusammenarbeit mit Akteuren der Migrationsarbeit auf die wachsenden Anforderungen in diesem Bereich reagieren.“

Da Menschen mit Migrationshintergrund – dazu gehören Asylbewerber und Flüchtlinge – stärker von Armut bedroht sind als andere Bürgerinnen und Bürger, ist davon auszugehen, dass sie auch stärker von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Als wohnungslos gilt laut BAGW „wer nicht über eine eigene mietvertraglich abgesicherte Wohnung verfügt“. Aber auch wer unter unzumutbaren Verhältnissen lebt – bauliche Mängel, geringe Wohnfläche, mangelhafte Ausstattung, Mietwucher, in Notunterkünften, bei Familienangehörigen –, gilt als wohnungslos. Asylbewerber und Flüchtlinge leben häufig unter solchen Verhältnissen.

Während jeder Einwohner Deutschlands laut Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) im Durchschnitt 45 Quadratmeter bewohnt, stehen einem Asylbewerber in einer Gemeinschaftsunterkunft laut dem Mediendienst Integration nur 6,5 Quadratmeter zur Verfügung.

In Sammelunterkünften leben häufig auszugsberechtigte Flüchtlinge, die auf dem freien Markt – zumal in den überbelegten gentrifizierten Ballungsräumen – keine Wohnung finden. Praktiker berichten von Schwierigkeiten und Vorurteilen in einem begehrten, weil knapp vorhandenem Segment auf dem Wohnungsmarkt.

Das Soziale Netz Bayern fordert deshalb ausreichend bezahlbaren Wohnraum für jeden Menschen bereitzustellen. Aufgefordert sind sowohl der Bund als auch der Freistaat Bayern. Dafür erforderlich sind: die Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus, eine jährlich erscheinende nach Personengruppen differenzierende amtliche Wohnungslosenstatistik auf Bundes- und Landesebene, Quartiersentwicklung, Ausbau alternativer Wohnformen

(z.B. Sozial- und Seniorengenossenschaften, Senioren-Wohngemeinschaften), Beratungsangebote für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen, Gesetze gegen sogenannte Luxussanierungen, Umwandlung von leerstehenden Komplexen wie Bürogebäuden in Wohnraum.

Fluchtursachen entschieden angehen

Den Mitgliedsorganisationen und –verbänden des Sozialen Netzes Bayern ist es wichtig zu betonen, dass hinter den tausendfachen Schicksalen von Flüchtlingen tiefer liegende Gründe für Flucht und Vertreibung liegen.

Sicher liegt es nicht in der alleinigen Macht Bayerns, diese Gründe wirkungsvoll zu bekämpfen. Jedoch wird sich die Situation von Flucht und Vertreibung ohne Maßnahmen gegen die Fluchtgründe nicht verbessern sondern eher noch dramatisch zuspitzen. Um dies zu verhindern muss auch Bayern sein ganzes Gewicht in die Waagschale werfen.

Deshalb sieht das Soziale Netz Bayern alle Akteure ob in Politik oder Zivilgesellschaft aufgefordert mehr zur Beseitigung von Fluchtgründen beizutragen. Zu diesen Fluchtgründen zählen insbesondere folgende Herausforderungen.

Herausforderung Konfliktherde befrieden:

Das Soziale Netz Bayern stellt fest: Für weltweiten Frieden und Sicherheit waren die letzten Jahre vor allem aber 2014 und 2015 bisher ernüchternde Zeiten, zumindest was die Beilegung oder die Verhinderung von gewaltsamen Konflikten betrifft. Konfliktherde, die sich in 2015 verfestigt haben sind: Syrien, Irak und der Islamische Staat; Ukraine; Südsudan; Nigeria; Somalia; Kongo; Afghanistan; Jemen; Libyen und die Sahelzone; Ägypten; Gaza.

In Europa erleben wir zudem die Unterdrückung von Minderheiten und die Vertreibung von ungeliebten Volksgruppen wie den Roma aus den Westbalkanländern. Europa müsste sich dieser Gruppen annehmen und ihnen gesellschaftliche Teilhabe in Europa gewähren.

Wir erleben in Europa vor allem aber auch eine bedrohliche Diskrepanz zwischen den verschiedenen Regionen was Wirtschaftskraft, Entwicklung in verschiedenen Bereichen des Lebens und Lebensstandard betrifft. Dies schürt Gefühle des Neids und der Ungerechtigkeit und fördert ebenso Konflikte innerhalb der Mitgliedsländer der EU, wie sich aktuell in den Verhandlungen zur Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen zeigt, wo sich keine Einigkeit und Solidarität findet.

Noch viel stärker bietet dies aber Konfliktpotenzial mit Nicht-EU-Ländern, die von Entwicklung, Aufbau und Schaffung von Perspektiven ausgeschlossen sind. Gleiches gilt für viele afrikanischen Staaten, die ihre Potenziale nicht ausschöpfen können, weil ihr Kontinent mit subventionierten Waren und Wohlstandsmüll überschwemmt wird. Hier bekommen wir in Europa nun die Rechnung präsentiert von jahrzehntelanger Ausbeutung und Unterdrückung. Dass sich Menschen auf den Weg machen in Länder, die ihnen und ihren Familien Perspektiven zum Überleben bieten, ist nur allzu verständlich.

Dafür braucht es Lösungen, die aber nicht alleine in Bayern, in Deutschland oder in der EU gefunden werden können. **Das Soziale Netz Bayern fordert daher:** Wir müssen Entwicklung und Aufbau in den Herkunftsländern fördern. Nachhaltige Entwicklung kann eine wirksame Krisen- und Konfliktentschärfung bedeuten. Wir brauchen eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, die allen Ländern auf dieser Erde gleiche Chancen bietet. Wir müssen die

Güter gerechter auf der Welt verteilen, die Schere zwischen den wenigen, die besitzen und den vielen die keinen Besitz und keine Chancen haben wird immer größer. Konfliktbewältigung darf nicht mit Waffen geschehen und durch Aufrüsten der unterschiedlichen Konfliktparteien, sondern auf dem Verhandlungsweg und mit humanitären Mitteln.

Herausforderung Reduzierung der Armut und globale Umverteilung:

Armut ist ein Tabu. Weil das so ist, werden ihre komplexen gesellschaftspolitischen Ursachen verschleiert und Betroffene stigmatisiert. Weit verbreitet ist die Ansicht, Bedürftigkeit sei selbstverschuldet, etwa weil Individuen oder Staaten „schlecht wirtschaften und über ihre Verhältnisse leben“. Überzogenes Konsumverhalten oder Korruption sind aber nicht die Hauptursachen dafür, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Oft sind Menschen arm, weil ihr Einkommen für ein menschenwürdiges Leben nicht reicht.

Aber auch zahlreiche Staaten verarmen zunehmend, weil ihre Sozial- und Volkswirtschaft durch fortgesetzte Austerität bei gleichzeitigem Wachstumszwang in einer globalisierten Welt, in der wenige Industrienationen den Kurs bestimmen, immer mehr abbauen. Krisen (persönliche, wirtschaftliche und politische) sind also die wahren Auslöser für Armut. Und sie sind stets in einem gesamtgesellschaftlichen, ja globalen (Kausal)Zusammenhang zu sehen.

Es gibt keinen weltweit einheitlichen Armutsbegriff. Auch wenn der monetäre Indikator als alleiniger zu Recht umstritten ist, hängt Bedürftigkeit dennoch mit den finanziellen Verhältnissen einer Person oder eines Staats zusammen; sie sind maßgeblich dafür, ob sie Teilhabe erfahren oder isoliert werden.

Die Einkommensungleichheit ist nach Angaben des Human Development Index (HDI) der UN von 2014 weltweit gestiegen. Laut HDI müssen 1,2 Milliarden Menschen ihren Lebensunterhalt mit durchschnittlich 0,93 Euro pro Tag bestreiten; 1,5 Milliarden leiden unter Mangelerscheinungen; weitere 800 Millionen laufen Gefahr zu verarmen, sollten Naturkatastrophen, Finanzkrisen und politische Unruhen ausbrechen.

Das Soziale Netz Bayern fordert: Weil Flucht auch der ungleichen Verteilung von Vermögen weltweit geschuldet ist, muss Reichtum neu verteilt werden. Dazu erforderlich sind unter anderem die Erhebung von Vermögenssteuern; die stärkere Besteuerung von Kapital, die Bekämpfung von Steuerflucht, Einführung von Mindestlöhnen und deren Einhaltung, die Unterstützung von kleinen und mittelständischen sowie regionalen Unternehmensstrukturen, fairer Wirtschaftshandel weltweit, staatliche Unterstützung für (präventive) niederschwellige Projekte gegen Armut (z.B. Schuldnerberatung, Aufklärung an der Schule), eine Mindestrente, kostenlose Bildung und Gesundheitsvorsorge für jeden Menschen.

Herausforderung fairer Welthandel:

Das soziale Netz Bayern ist überzeugt, dass ein fairer Welthandel einen entscheidenden Beitrag für eine nachhaltigere Entwicklung in weiten Teilen der Welt leisten und somit Flucht- und Vertreibungsgründe mindern kann.

Weltweit nehmen Hunger, Energieknappheit und Klimachaos zu, und die nach wie vor instabile Lage, mitverursacht durch die jüngste Finanzmarkt- und Bankenkrise, trifft global immer mehr Menschen in ihren Existenzgrundlagen.

Die europäischen Regierungen stellen sich als Vorreiter bei Klimaschutz, Armutsbekämpfung und Friedenssicherung dar; in ihrer Handels- und Investitionsstrategie mit dem Titel „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“ setzen sie jedoch ganz auf die Interessen europäischer Konzerne.

Das soziale Netz Bayern kritisiert diese einseitige Politik, die die Bedürfnisse von Menschen im globalen Süden, aber auch von Menschen im Norden massiv verletzt und so zur Mitverursacherin vieler Krisensymptome wird.

Jüngstes Beispiel dieser Politik ist das angestrebte Freihandelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Noch ist es möglich, dass das gesamte Projekt gestoppt wird. Das wäre ein guter Anfang. Schließlich ist das Problem die gesamte politische Ideologie, die mit derlei Abkommen durchgesetzt wird – also die dauerhafte, neo-liberale Umgestaltung des internationalen Handels durch einen unumkehrbaren Abbau sozialer und ökologischer Standards und die Minimierung demokratischer Kontrolle über das Marktgeschehen. Dem gilt es sich entgegenzustellen.

Statt Liberalisierung und Deregulierung ist ein internationales Regelwerk nötig, das die Interessen von Mensch und Umwelt in den Vordergrund stellt und darauf abzielt, die Lebensstandards weltweit auf hohem Niveau zu heben. Dazu müssen internationale Verhandlungen stets auf Augenhöhe geführt werden, was wiederum ein Ende der finanziellen Abhängigkeit des globalen Südens – sprich: einen umfassenden Schuldenerlass – erfordert. Zudem muss der Einfluss von Banken und Konzernen durch strenge Regeln gegen Lobbyismus, Korruption und Spekulation sowie die Herstellung demokratischer Kontrolle zurückgedrängt werden. Weiter brauchen wir einen Konsens darüber, dass kulturelle Vielfalt und regionale Besonderheiten kein Handelshemmnis, sondern eine globale Bereicherung sind und dass wirtschaftlich schwächere Länder ihre Ökonomien zumindest vorübergehend vor der internationalen Konkurrenz schützen müssen, um weltmarktfähig zu werden – etwa durch Zölle.

Unter diesen Voraussetzungen könnte wirtschaftliche Globalisierung zu einer wünschens- und unterstützenswerten Angelegenheit werden. Allerdings wäre das ziemlich genau das Gegenteil jener politischen Ideologie, die TTIP und andere aktuelle Handels- und Wirtschaftsabkommen prägt.

Das Soziale Netz Bayern fordert eine Umkehr in der deutschen, europäischen und weltweiten Handelspolitik. Eine wirksame Bekämpfung der multiplen Krise aus Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger, Erosion der biologischen Vielfalt und Klimawandel. Populistische Titulierungen wie „Wirtschaftsflüchtlinge“ sind angesichts der europäischen Geschichte die durch Krieg, Hungersnöte und Armut geprägt war, fehl am Platz. Millionen von Europäern wanderten genau aus diesen Gründen aus. Will sich die Politik diesen Fluchtursachen entgegenstellen, ist eine echte Umkehr in der Handelspolitik geboten. Das Soziale Netz Bayern fordert daher die bayerische Staatsregierung auf sich auf bundesdeutscher und europäischer Ebene für eine nachhaltige und faire Handelspolitik einzusetzen um Fluchtursachen einzudämmen.

Herausforderung Umwelt/Klima

Die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutieren seit vielen Jahren über den Klimawandel und die Folgen, aber auch über mögliche Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Auswirkungen der klimatischen Veränderungen. Die Staatschefs können sich aber bedauerlicherweise nicht auf gemeinsame Standards und Maßnahmen einigen.

Die sogenannten Klimaflüchtlinge spielen dabei aber eher eine untergeordnete Rolle oder kommen gar nicht vor.

Durch die Klimaveränderung werden ganze Landstriche auf der Erde künftig unbewohnbar – bewohnte Inseln gehen unter, Fluten zerstören Lebensräume oder Dürre und Trockenheit machen Regionen unbewohnbar bzw. lassen Brunnen austrocknen und Wasser zum Luxusgut werden. Diese absehbaren Entwicklungen werden jedoch noch nicht als Grund angesehen, dass betroffene Menschen in sicheren Ländern aufgenommen werden oder dorthin umsiedeln können oder dort Asyl bekommen.

Die armen Länder, die betroffen sind, können sich aber keine wirksamen Schutzmaßnahmen leisten und driften immer tiefer in Armut, denn der fortschreitende Klimawandel verschärft die bereits herrschende Armut.

Heute erleben wir Wanderungs- und Fluchtbewegungen aufgrund von Kriegen oder kriegerischen Auseinandersetzungen und zunehmend aufgrund von wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit der Menschen in ihren Herkunftsländern, um das Überleben ihrer Familien zu sichern (Westbalkan, Afrika). In Zukunft werden klimatische Veränderungen die größten Treiber für Bevölkerungswanderungen werden (Antonio Guterres 2009).

Es hat sich in der Einstellung der Industrienationen wenig verändert. Mit schnellen Maßnahmen sind aber Klimaflüchtlinge nicht mehr aufzuhalten, weil die Zerstörung teilweise schon zu weit fortgeschritten ist.

Deshalb brauchen wir weitreichende Lösungen, die über Bayern, Deutschland und Europa hinausreichen.

Das Soziale Netz Bayern fordert die bayerische Staatsregierung auf sich für folgende Punkte einzusetzen:

Den betroffenen Ländern muss im Aufbau von Schutzmaßnahmen und in der Unterstützung ihrer Armen im Land durch die Industrienationen geholfen werden. Die reichen Länder müssen ihre Verantwortung an der Zerstörung der Natur anerkennen und Maßnahmen ergreifen, um dies zu verhindern oder zu „reparieren“. Regenwälder dürfen nicht weiter Monokulturen geopfert werden. Produkte müssen zukünftig nachhaltig und soweit möglich vermehrt regional produziert werden. Wirtschaft muss wegkommen von der Gewinnmaximierung hin zu einer Nachhaltigkeit und zu einer gerechten Verteilung.

Perspektivisch brauchen wir ein verändertes Flüchtlingsrecht in Deutschland, das Klimaflüchtlinge anerkennt. Die Genfer Flüchtlingskonvention muss dahingehend ergänzt werden, dass nicht nur derjenige ein Flüchtling ist, wer wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder seiner (politischen) Überzeugung verfolgt wird, sondern auch wegen der Zerstörung seines Landes durch klimatische Veränderungen.

Geschäftsführung des Sozialen Netz Bayern

David Schmitt
Abteilungsleiter Sozial- und Arbeitsmarktpolitik
DGB-Bezirk Bayern
Schwanthalerstr. 64
80336 München

Tel.: 089-51700 220
Fax: 089-51700 216
Email: david.schmitt@dgb.de